

Düwell | Beyer

Das neue Recht für behinderte Beschäftigte

**Inklusion am Arbeitsplatz –
Bundesteilhabegesetz als Herausforderung für
Vertretungen, Arbeitgeber und Anwaltschaft**



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
§ 1 Das Bundesteilhabegesetz	11
I. Gesetzesbeschluss	11
II. Artikelgesetz	11
III. Gestuftes Inkrafttreten der Reform	12
IV. Vorschaltgesetz zum Schwerbehindertenrecht	14
V. Vorgezogene Änderungen durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	15
VI. Überholende Änderung im Verwaltungsrecht des Bundes	15
§ 2 Synopse Änderungen im SGB IX und Katalog der Korrekturen	17
I. Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz	17
II. BVG-Änderungsgesetz als Korrekturgesetz	29
§ 3 Änderungen im Ausweisrecht	33
§ 4 Änderung Versorgungsmedizinverordnung	35
§ 5 Änderungen im BetrVG	37
§ 6 Die Stärkung der SBV durch Art. 2 BTHG	39
I. § 83 Inklusionsvereinbarung	39
1. Entstehungsgeschichte	39
2. Anwendungsbereich	42
3. Inhalte einer Inklusionsvereinbarung	44
4. Weiterhin bestehende Fragen	46
5. Fortgelten bestehender Integrationsvereinbarungen	48
II. Neuregelung des Vertretungsfalles	49
III. Übergangsmandat für betriebliche SBV	51
1. Schließung einer Vertretungslücke	51
2. Voraussetzungen des Übergangsmandats	51
3. Begrenzung auf Vertretungslücken	52
4. Inhalt des Übergangsmandats	55
5. Dauer des Übergangsmandats	56
6. Übergangsmandat für öffentlichen Dienst und Kirchen	57
IV. Heranziehung von stellvertretenden Mitgliedern	59
1. Heranziehung für örtliche SBV	59
2. Heranziehung für überörtliche Vertretungen	61
V. Freistellung von der beruflichen Tätigkeit	62

1. Absenkung des Schwellenwerts	62
2. Teilfreistellung	63
VI. Schulung für stellvertretende Mitglieder	63
VII. Aufwandsentschädigung	64
VIII. Zurverfügungstellung einer Bürokraft	66
IX. Interne Stellenbesetzung bei öffentlichen Arbeitgebern	66
§ 7 Sicherung der Beteiligung durch Art. 2 BTHG	69
I. Das Aussetzungsverlangen	69
II. Die gerichtliche Rechtsdurchsetzung	69
1. Einstweiliger Rechtsschutz bei unterlassener Beteiligung	69
2. Feststellungsantrag	71
3. Vorbeugender Unterlassungsantrag in der Rechtsprechung	72
4. Die Klarstellung des Gesetzgebers	73
III. Die Unwirksamkeitsklausel für Arbeitgeberkündigungen	75
1. Rechtsprechungskorrektur	75
2. Klarstellung der Unwirksamkeitsfolge	76
3. Unverzügliche Unterrichtung	77
4. Unterrichtungsvorsprung der SBV	78
5. Umfassende Unterrichtung	79
6. Richtiger Adressat der Unterrichtung	81
7. Mehrfache Beteiligung nach Ablauf der Wartezeit	81
8. Fristen für Stellungnahme im Rahmen der Anhörung	84
9. Berechnung des Ablaufs der Stellungnahmefrist	86
10. Prüfung der Stellungnahme	86
11. Unverzügliche Mitteilung der getroffenen Entscheidung	87
12. Kündigung in der Wartezeit	87
13. Unbekannte oder noch nicht anerkannte Schwerbehinderung	88
14. Laufendes Gleichstellungsverfahren	89
15. Kündigung und Aussetzung	90
§ 8 Vereinfachung von Wahlverfahren durch Art. 2 BTHG	93
I. Einführung des Begriffs „überörtliche Vertretungen“	93
II. Vereinfachtes Wahlverfahren zu überörtlichen Vertretungen	93
III. Unklarheit für das Kriterium „weit auseinander“	95
IV. Unklarheit bei Einvernehmen und Losentscheid	96
§ 9 Änderungen im kollektiven Schwerbehindertenrecht durch	
Art. 1 BTHG	97
I. Die Prävention nach § 84 Abs. 1 SGB IX	97
1. Geltungsbereich	97
2. Folgen unterlassener Prävention	98
3. Verhältnis zu § 84 Abs. 2 SGB IX	100

4. Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Präventionsverfahren...	100
5. Der neue § 95 Abs. 2 Satz 3 SGB IX	102
II. Das betriebliche Eingliederungsmanagement	103
1. Änderungen im Zuge des BTHG	104
2. Einordnung des bEM.....	105
3. Die hervorgehobene Verantwortung der Rehabilitationsträger und Integrationsämter	107
4. Die gesetzliche Regelung des bEM im Überblick	108
5. Beteiligung der Interessenvertretungen und externer Personen	110
6. Einzelfragen	111
a) Die Einleitung des bEM.....	111
b) Der Such- bzw. Klärungsprozess im bEM	115
c) Die Umsetzung der im bEM beschlossenen Maßnahmen	124
7. Vorschriften im Zusammenhang mit einem bEM.....	129
8. Prämien und Bonus	131
III. Wegfall einer Ordnungswidrigkeit	131
IV. Umbenennung des Beauftragten des Arbeitgebers	132
V. Verschwiegenheitspflicht	132
§ 10 Seit 30.12.2016 geltende Änderungen des BetrVG	135
I. Ergänzungen zur Inklusionsaufgabe	135
II. Aufgaben des Betriebsrats.....	135
III. Freiwillige Betriebsvereinbarungen	135
IV. Personalplanung	135
§ 11 Neuerungen zur Ausgleichsabgabe	137
I. Bekanntmachung der Erhöhungsbeträge	137
II. Erleichterungen für Kleinunternehmer	137
III. Unterrichtung der Arbeitnehmervertretungen	139
§ 12 Änderungen im Individual-Schwerbehindertenrecht	143
I. Änderung des Behindertenbegriffes	143
II. Budget für Arbeit	144
III. Gleichstellung behinderter Jugendlicher	145
IV. Feststellung der Schwerbehinderung	146
1. Amtliche Feststellung.....	146
2. Rückwirkung der Feststellungsentscheidung.....	148
3. Rückwirkung der Feststellung auf Stichtage	148
4. Auswirkung auf den besonderen Kündigungsschutz	149
V. Ermächtigungsgrundlage Versorgungsmedizin	150
VI. Schwerbehindertenausweis und Merkzeichen	152
1. Format des Schwerbehindertenausweises	152
2. Merkzeichen TBl	152

3. Voraussetzungen für Merkzeichen aG	153
VII. Beteiligung im Beirat	156
§ 13 Vom Integrationsprojekt zum Inklusionsbetrieb	159
I. Ab 2018 neuer Name und Vorzug bei Ausschreibungen	159
II. Integrationsprojekte für Langzeitarbeitslose	159
III. Integrationsprojekte für psychisch kranke Menschen	160
§ 14 Neues Recht für Werkstattbeschäftigte	161
I. Frauenbeauftragte	161
II. Erweiterte Ermächtigung zur Werkstättenverordnung	161
III. Mitbestimmung in der Werkstatt	161
§ 15 Neues im Tele- und Heimarbeitsrecht	163
I. Unterscheidung zwischen Tele- und Heimarbeit	163
II. Recht auf Telearbeit am Heimarbeitsplatz	163
III. Heimarbeit in Zeiten der Digitalisierung	165
IV. Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses durch Kündigung	167
V. Kündigungsschutz für behinderte Heimarbeiter	167
VI. Besonderer Kündigungsschutz für schwerbehinderte Heimarbeiter ...	168
VII. Betriebsverfassungsrechtlicher Schutz vor Kündigung	168
VIII. Schwerbehinderungsververtretungsrechtlicher Schutz	169
§ 16 Neues Recht für behinderte Soldatinnen und Soldaten	171
I. Gleichstellung mit schwerbehinderten Menschen	171
II. Weiterverwendung mit Behinderungen	172
III. Wahlberechtigung in militärischen Einheiten	173
IV. Aktives Wahlrecht in allen Dienststellen	173
V. Vertretungstätigkeit der SBV in militärischen Einheiten	174
VI. Einheitlicher Wahlbezirk für den MAD	175
Nachwort zum Gesetzgebungsverfahren: Der lange Kampf um das Recht der SBV	177
Stichwortverzeichnis	185